

Eine „metaphysikfreie“ Moral?

**Der ethische Subjektivismus in den
Wirtschaftswissenschaften aus kritisch-rationaler Sicht***

Professor Dr. Christian Müller

Christian Müller ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Der Beitrag erschien zuerst in: *Wirtschaft und Ethik* 22 (2011), Heft 1, S. 15-20 und Heft 2, S. 6-11.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Einleitung | 2 |
| 2 | Die drei Wege der Ethik | 4 |
| 3 | Ethischer Subjektivismus in der Ökonomik -- Einige Implikationen | 6 |
| 4 | Der subjektivistische Induktionsschluss | 9 |
| 5 | Mögliche Einwände | 11 |
| | Literatur | 13 |

*Der vorliegende Beitrag ist eine grundlegend überarbeitete und erweiterte Version von Müller (2004).

1 Einleitung

Die heutige Wirtschaftswissenschaft ist „von Grund auf atheistisch“ (Tomes 1985, S. 245). Besonders die moderne Wohlfahrts- und Mikroökonomik mit ihrem individualistischen Nutzenbegriff steht in der direkten Fortführung der empiristischen Ethik des klassischen Utilitarismus eines *Jeremy Bentham* (Bohnen 1964). Folglich ist auch die moderne Ökonomik durch einen „radikalen Subjektivismus“ (Buchanan und Vanberg 2002, S. 121) bzw. Skeptizismus (Mackie 1981, S. 12) in Wertfragen gekennzeichnet, der allein das von einer Entscheidung betroffene Individuum, nicht aber Gott als höchste und letzte Instanz aller Wertungen betrachtet.¹

Die Folgen dieser grundlegenden Setzung sind weitreichend. Normen² sind nach dieser Auffassung rein subjektive Wertungen von Sachverhalten, moralische Aussagen eine bloße Geschmacksache. Normative Ge- oder Verbote sind keine „ethischen Tatsachen“ (Chmielewicz 1993, S. 216), die unabhängig von einem individuellen Wünschen und Wollen gelten könnten. Vielmehr können sie weder wahr noch falsch sein; für die Individuen, die sie aufstellen, gelten sie lediglich im Falle subjektiver Akzeptanz.

Objektive Normen – so das Grunddogma des ethischen Subjektivismus – gibt es nicht. Unter einem objektiven Wert soll im Folgenden mit Mackie (1981) ein *kategorischer Imperativ* im Sinne von *Kant* verstanden werden, d.h. eine Anweisung, die „eine Handlung als für sich selbst, ohne Beziehung auf einen andern Zweck, als objektiv-notwendig“ erklärt und als „an sich gut“ („Grundlegung der Metaphysik der Sitten“, BA 39). Somit stellt die „These, es gebe keine objektiven Werte, ... für den Bereich der Ethik die genaue Bestreitung der Behauptung dar, irgendeinem kategorisch imperativistischen Element komme objektive Geltung zu“ (Mackie 1981, S. 31). Ethische Skeptizisten bestreiten also die Existenz objektiver Werte in dem Sinn, dass sie „unbedingt, d.h. unabhängig von den Wünschen und Neigungen des Handelnden“ (Mackie 1981, S. 31), einen Normadressaten verpflichten können.³

In einem solchen gedanklichen Umfeld hat es eine christliche Wirtschafts-

¹Daneben gab es jedoch stets prominente Ausnahmen, darunter der Ordoliberalismus Freiburger Prägung. Vgl. dazu Nass (2012).

²Im Folgenden werde ich die Ausdrücke „Normen“, „normative Aussagen“ und „Wert(urteil)e“ synonym verwenden. So auch Chmielewicz (1993, S. 209).

³Zur Unterscheidung von objektiven und subjektiven Werten siehe (aus subjektivistischer Sicht) ausführlich Mackie (1981, S. 11-59).

ethik nicht leicht. Die christliche Perspektive überindividuell vorgegebener Ge- oder Verbote in einem normativen ökonomischen Argument gilt als „unwissenschaftlich“; Hayek (zitiert nach Püttmann 2010, S. 153) etwa rechnete die Annahme eines göttlichen Normgebers zu den „wissenschaftlich ... unannehmbaren Tatsachenbehauptungen“. Wer dennoch als Ökonom auf metaphysisch begründete, objektive Normen als Tatsachen rekurriert, zieht sich leicht (etwa durch Blaug 1992, S. 119) den Vorwurf zu, „ideologisch“ zu argumentieren. Mindestens aber darf, wer als christlicher Wirtschaftsethiker moralische Werte als gottgegeben unterstellt, sich des Spottes namhafter Fachvertreter gewiss sein, er „spiele Gott“, indem er seine eigenen privaten Wertanschauungen verabsolutiere (siehe z.B. Buchanan 1977, S. 134 und 142).

Der ethische Subjektivismus in der heutigen Ökonomik geht so weit, dass selbst die Vertreter der ökonomischen Theorie der Moral in der Variante *Karl Homanns* und seiner Schüler, die sich in Deutschland einst als die „Ingolstädter Schule“ einer Katholischen Universität (Eichstätt-Ingolstadt) einen Namen machten, sich explizit einer „metaphysikfreien ökonomischen Moralbegründung“ (Homann 1997, S. 33) rühmen. Nur wenige Ökonomen – am prominentesten unter ihnen wohl *Geoffrey Brennan* (vgl. H. G. Brennan 1991; H. G. u. A. M. C. W. Brennan 1994), der als Konstitutionenökonom pikanterweise zugleich ein führender Vertreter der subjektivistischen Ökonomik ist (H. G. Brennan und Buchanan 1993, siehe z.B.) – versuchen seit einigen Jahren, in einer wachsenden, als „Christian Economics“ bezeichneten Forschungsrichtung vermehrt christliche Normbegründungs- und Argumentationsfiguren in die normative Ökonomik einzuführen (Oslington und Hawtrey 1996, vgl. die Literaturübersicht bei).

Im vorliegenden Beitrag werde ich argumentieren, dass der Vorwurf der „Unwissenschaftlichkeit“ gegenüber einer christlich-metaphysisch fundierten Wirtschaftsethik unhaltbar ist. Nach der Analyse einiger Konsequenzen des Postulats der „Metaphysikfreiheit“ werde ich darlegen, dass die von *Karl Popper* begründete Methodologie des Kritischen Rationalismus in Bezug auf das Problem von Normen und Werten in der Ökonomik daher meist inkonsistent angewendet wird. Aus ganz ähnlichen induktionslogischen Gründen, die es uns unmöglich machen, strikt universale Theorien zu verifizieren, gibt es auch keinerlei Gewissheit darüber, dass objektive Normen nicht gelten. Auf rein erkenntnistheoretischer Ebene ist das „Rennen“ zwischen ökonomischem Subjektivismus und christlichem Wertobjektivismus vielmehr unentscheidbar. Abschließend wird daher untersucht, wie *Karl Popper* sich ganz persönlich in

dieser Frage entschied. Angesichts zahlloser gegenteiliger Behauptungen und seiner subjektivistischen Rezeption in der Ökonomik mag das Ergebnis überraschen: *Popper* selbst hatte offenbar einen objektivistischen Normbegriff und sympathisierte mit der christlichen Naturrechtsauffassung.

2 Die drei Wege der Ethik

Der Weg von einer christlichen Fundierung der Wirtschaftsethik zum in der gegenwärtigen Ökonomik vorherrschenden Normverständnis führt, plakativ formuliert, von der mittelalterlichen Theologie über die Aufklärung zum individualistischen Liberalismus (siehe die Tabelle).

| Begründung | Normgeber | Normgeltung | Wahrheits- "theorie" |
|-----------------------|-----------|-------------|--|
| theonom | Gott | objektiv | Offenbarungstheorie |
| autonom | Mensch | objektiv | „demokratisierte“ Offenbarungstheorie |
| heteronom | Mensch | subjektiv | keine |

a) Nach traditioneller christlich-scholastischer Auffassung besteht die Aufgabe der Ethik darin, zu *entdecken*, was das objektiv erkennbare göttliche Gesetz den Menschen verbindlich vorschreibt. Die Aufgabe des Menschen ist eher passiv, rezeptiv: „Der menschliche Intellekt“, schreibt noch Thomas von Aquin (1961, I II 93 1 ad 3) „empfängt ...sein Maß von den Dingen, so dass das Erkenntnisbild des Menschen nicht aus sich selber wahr ist, sondern wahr heißt, weil es mit den Dingen übereinstimmt. ...Der göttliche Verstand hingegen ist das Maß der Dinge“. Nicht nur Tatsachen, sondern auch Normen können nach dieser Auffassung Gegenstand objektiver und wahrer Erkenntnis sein. Als Wahrheitsbegriff liegt hier eine Offenbarungstheorie zugrunde, deren Garant das Wort Gottes in seinen verschiedenen Quellen darstellt. Die thomasi-sche Ethik ist "theonom", indem Gott als die Ursache allen moralischen Sollens angesehen wird.

b) Bereits in der Aufklärung verliert Gott die Zuschreibung einer gesetzgebenden Funktion. Bei Kant gilt der menschliche Verstand als Maß aller Dinge. Der Mensch ist „autonom“. Er ist sich selbst Gesetz (Laun 1984, S. 36), wenn er auch den Gesetzen, die er sich gibt, selbst unterworfen bleibt (Kant 1983 [1785], S. BA 75). Wahrheitsgrund für die Erkenntnis moralischer Normen ist

somit auch hier eine Offenbarungstheorie, in der gleichwohl die Offenbarung gewissermaßen „naturalisiert und demokratisiert“ (Albert 1991, S. 22) wird. Die Erkenntnis löst sich hierdurch aus ihren traditionellen Bindungen. Nach Kants Prinzip der Autonomie kann keine wie auch immer geartete Autorität die Basis der Ethik darstellen (Popper 1969, S. 26). Jeder Mensch trägt vielmehr die Quellen der Wahrheit in sich selbst. Nicht mehr mit Autorität versehene Personen oder Texte, sondern die geistige Intuition oder Sinneswahrnehmungen – die Offenbarungen der Vernunft – werden hier zur Wahrheitsgarantie. Die Autonomie des Willens bedeutet jedoch nicht, dass der vernunftbegabte Mensch bei seiner Selbstgesetzgebung völlig frei und kreativ sein könnte; sie verhindert nur, dass die moralische Motivation von nicht-sittlichen – beispielsweise egoistischen – Motiven geleitet wird. Der Mensch soll nur um der Pflicht willen, nicht aber aus moralfremden Motiven wie (himmlischem) Lohn oder Strafe handeln (Laun 1984, S. 34 f.). Doch Kant erklärt nicht nur die Vernunft zur moralischen Autorität einer Person; er stellt auch das Grundgesetz aller Ethik fest, das die Vernunft vom Menschen verlangt. In einer Formulierung verlangt dieser kategorische Imperativ: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“ (Kant 1983 [1785], S. BA 52). Obwohl der Mensch frei und autonom ist, bleibt seine Freiheit somit auch bei Kant rückgebunden an die sittliche Verantwortung: Der Mensch ist danach frei, nicht, weil er frei geboren wurde, sondern weil er geboren wurde mit der Last der sittlichen Verantwortung für seine freien Entscheidungen (Popper 1969, S. 183). c) Im Verständnis des ethischen Subjektivismus, wie er besonders in der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaft verbreitet ist, fällt auch noch diese Bindung des Menschen. Insofern sie mit Kant einerseits den Menschen als Selbstgesetzgeber annimmt, andererseits aber dessen Autonomiebegriff aufgibt, ist der Mensch (in der Diktion Kants) „heteronom“; er wird sich selbst mit seinem jeweiligen individuellen Willen zum Maß aller Dinge. Die „meta-normative“ Leitlinie für die Ableitung „richtiger“ Werturteile über soziale Situationen stellt das Postulat des normativen Individualismus dar (z.B. Mueller 1996, S. 68). Bewertungen einer Handlung oder eines Zustandes sollen nach diesem Postulat, das in der ökonomischen Theorie auch in Gestalt des Prinzips der Konsumentensouveränität auftritt, allein jenen Individuen überlassen sein, die von den Folgen der bewerteten Zustände „betroffen“ sind; sie allein sollen „die Quelle aller Werte“ (Brennan/Buchanan 1993 [1985], S. 28) sein. Die individualistische Grundnorm verlangt, die Menschen und ihre Entscheidungen so zu akzeptieren, wie sie sind, unabhängig

3 Ethischer Subjektivismus in der Ökonomik -- Einige Implikationen

davon, ob ihre Präferenzen rein egoistisch, altruistisch oder sogar malevolent sind (Mueller 1989, S. 3). An die Stelle der Sicherheit des ethischen Urteils vergangener Jahrhunderte tritt hierdurch ein grundlegender Skeptizismus in Wertungsfragen, der letztlich zwangsläufig einen normativen Relativismus zur Folge haben dürfte. Was beliebt, ist auch erlaubt. Im Bereich der Normen und Werte geht es danach niemals um das Finden, sondern um die „Erfindung des moralisch Richtigen und Falschen“ (so der Untertitel von Mackie 1981 [1977]; Hervorhebung von mir; d. Verf.).

3 Ethischer Subjektivismus in der Ökonomik -- Einige Implikationen

Das Credo des Subjektivismus in Wertfragen, wie er die Wirtschaftswissenschaften dominiert, behauptet, dass es ethische Tatsachen nicht gebe. Weder die Korrespondenztheorie der Wahrheit, nach welcher ein Satz als (faktisch) wahr anzusehen ist, wenn tatsächlich vorliegt, was er behauptet (Popper 1969, S. 223 ff.), noch irgendeine Offenbarungstheorie der Wahrheit sind danach auf Werturteile anwendbar. Aus dieser Perspektive sind Normen überhaupt nicht wahrheitsfähig; sie können weder wahr noch falsch sein, sondern allenfalls subjektiv akzeptiert, wenn der Normadressat sich hierzu entschließen kann (vgl. z.B. Albert 1967, S. 105; Mackie 1981 [1977], S. 26; Chmielewicz 1993, S. 216). Diese Behauptung hat in der Ökonomik weit reichende Implikationen. Moral als Geschmacksache Die wohl wichtigste ist die Bestreitung der Möglichkeit einer objektiven Werterkenntnis, unabhängig vom wertenden Subjekt (Chmielewicz 1993, S. 216), die sich vor allem in der subjektiven Wertlehre der Grenznutzenschule manifestiert. Die Ergebnisse von Verträgen sind, da sie zu Pareto-Verbesserungen führen, bei denen mindestens eines der beteiligten Individuen besser, aber keines von ihnen schlechter gestellt wird, aus individualistischer Sicht per se als „gut“ und gerecht einzustufen. Das gilt zum einen für den gewöhnlichen Markttausch. Solange nicht Dritte in positiver oder negativer Weise betroffen sind, vollzieht sich danach auf Märkten die Ermittlung des Werts der ausgetauschten Sache oder Leistung – ohne Rückgriff auf irgendwelche „externen“, außerhalb der Vertragsparteien stehenden Normen – im Rahmen von Austauschverträgen zwischen den Transaktionspartnern. Durch den Tauschakt offenbaren die Vertragsparteien, dass beide bei

3 Ethischer Subjektivismus in der Ökonomik – Einige Implikationen

gegebener Ausstattung und gegebenen Spielregeln die Ergebnisse der vorgenommenen Transaktion höher schätzen als die Güterallokation ohne Tausch; der Tausch im Konsens ist insoweit aus der Sicht der Beteiligten wertmaximierend (Brennan/ Buchanan 1993 [1985], S. 31). Einen objektiv „gerechten Preis“, auf dessen Suche die Philosophen und Theologen mindestens seit Aristoteles, besonders aber in der Scholastik, große Anstrengungen verwendeten (siehe den Überblick bei Fehl 1989), kann es nach dieser Überzeugung nicht geben. Zum anderen findet die subjektive Wertlehre ihren Niederschlag in der ökonomischen Theorie des Gesellschaftsvertrags, die sich unter Ökonomen heute als ein Instrument der Entscheidung (sozial-) ethischer Fragen besonderer Beliebtheit erfreut (siehe kritisch dazu Müller 2002). Besonders problematisch ist hierbei die Position Buchanans, dessen erklärtes Ziel es ist, auch die Bewertung realer gesellschaftlicher Zustände allein von den Bewertungen der von diesen Zuständen betroffenen Individuen abhängig zu machen. Von der (durch das Pareto-Prinzip konkretisierten) individualistischen Grundnorm abgesehen, habe die normative Ökonomik völlig „wertfrei“ zu sein (z.B. Buchanan/Tullock 1962, S. vii). Um dieses Ziel zu erreichen, schreckt Buchanan nicht einmal davor zurück, selbst unter Zwang getroffene Entscheidungen als wertbegründend zu betrachten. So will er ausdrücklich einen „Sklavereivertrag“ als (aus individualistischer Sicht) „legitimes“ bzw. „gerechtes“ Resultat einstimmiger Entscheidungsfindung akzeptieren, solange dieses Verhältnis auf einer „beiderseitig vorteilhaften“ Übereinkunft der beteiligten Individuen beruhe (Buchanan 1984 [1975], S. 85 f.). Die Verabsolutierung der individualistischen Grundnorm erreicht hier ihre Spitze: Wollte man nämlich fordern, dass nur solche individuellen Wahlhandlungen legitimitätsstiftend sein sollen, die dem Prinzip der Freiwilligkeit genügen, so würde die Individualentscheidung durch ein aus Sicht der Beteiligten „externes“ Werturteil – das Freiwilligkeitskriterium – korrigiert, das selbst nicht individualistisch legitimiert ist.[5] Moral als Mittel Eine weitere wichtige Konsequenz des Subjektivismus in der Ökonomik ist – so paradox es auch klingt – eine „Ethik“, die keine wertenden Aussagen enthält. Die Sätze subjektivistischer Ethiken sind vielmehr „hypothetische Imperative“, welche ihre Bedingtheit aus dem individuellen Wollen beziehen (Mackie 1981 [1977], S. 28 ff.; Vanberg 1986; Kliemt 1986). Typischerweise haben sie die Form: „Wenn du Ziel X erreichen willst, wende Mittel Y an.“ Das moralische Gebot „Du sollst nicht töten.“ beispielsweise gilt hiernach nicht mehr unbedingt – kategorisch –, sondern relativ zum individuellen Interesse, etwa: „Du sollst nicht töten, wenn du nicht ins Gefäng-

3 Ethischer Subjektivismus in der Ökonomik – Einige Implikationen

nis kommen willst.“ Solche Ziel- Mittel-Aussagen, für die sich seit Popper auch der Begriff der „Sozialtechnologie“ eingebürgert hat (Popper 1987, S. 36 ff.; siehe auch Albert 1967a, S. 191 ff.; Chmielewicz 1993, S. 169 ff.), sind keine Werturteile. Sie akzeptieren die Wertungen von Individuen als gegeben, nehmen aber selbst nicht Stellung zu ihnen. In dieser Ent-Wertung der Ethik sehen manche Vertreter radikal-subjektivistischer Moraltheorien den eigentlichen Vorteil ihrer Aussagensysteme (siehe z.B. Engel 2000). Die Befolgung moralischer Normen ist in dieser Perspektive vor allem ein Mittel[6], Individuen dabei zu helfen, ihre egoistischen Eigeninteressen an einer Selbstbindung in Rationalitätenkonflikten zu erreichen. Das gilt nicht nur für soziale Konfliktsituationen, die durch das Gefangenendilemma beschrieben werden, in dem ihre individuelle Rationalität die Spieler daran hindert, jene Eigeninteressen zu erreichen, die allen von ihnen gemeinsam sind (z.B. Homann/Blome-Drees 1992). In gleichem Maße gilt dies auch für jene Situationen der Versuchung, die manchmal als „intrapersonelle Gefangenendilemmata“ modelliert werden (Elster 1985, S. 254 f.; Kavka 1991, Kavka 1993; Moreh, 1993), in denen Individuen bestrebt sein können, Laster durch eine selbstauferlegte Selbstbindung an „persönliche Verfassungen“ (Koboldt 1995, S. 15) zu überwinden. Auf diesem Hintergrund wundert es nicht, dass die Analyse solcher Fragen, die zentrale Probleme der klassischen Tugendlehre betreffen, ganz selbstverständlich unter dem Segel der „Economics“ (Schelling 1978) fahren, nicht aber unter dem der Ethik, unter das sie eigentlich gehören. Moral dient in allen diesen ökonomisch-subjektivistischen Analysen, deren hoher theoretischer Erkenntniswert keineswegs bestritten werden soll, der eigennützigen Maximierung der individuellen Wohlfahrt; sie ist ein Instrument zur Durchsetzung des konstitutionellen (Eigen-) Interesses gegenüber dem individuellen Handlungsinteresse des Individuums (siehe zu dieser Unterscheidung Vanberg/Buchanan 1989). Wo aber „Moral“ nur eine spezifische Form von Egoismus ist, hat Ethik ausgedient. Hierin liegt, in einem ganz anderen Sinn als von ihrem Autor intendiert, die tiefe Wahrheit der von Karl Homann (2001) geprägten Formulierung, nach welcher die Ökonomik die „Fortsetzung der Ethik mit anderen Mitteln“ ist. John Harsanyi (1977, S. 10–15) zieht entsprechend auch die letzte Konsequenz und interpretiert das gesamte Gebiet der „Ethik“, neben der Spieltheorie, als einen Teilbereich der ökonomischen Theorie des Rationalverhaltens. Letztlich leugnet der Subjektivismus damit nicht nur die Existenz ethischer Tatsachen, sondern auch die Tatsache der Ethik selbst.

4 Der subjektivistische Induktionsschluss

„Es gibt keine objektiven Werte“ (Mackie 1981 [1977], S. 11). Nicht nur die Mehrheit der normativen Ökonomen teilt wohl dieses Dogma des ethischen Subjektivismus; es dürfte auch die herrschende Lehre unter den Anhängern der von Karl Popper begründeten Wissenschaftstheorie des Kritischen Rationalismus wiedergeben (z.B. Albert 1967, S. 105). Weil es danach keine Möglichkeit gibt, Werte unabhängig vom wertenden Subjekt zu erkennen, kann es eine unbedingte, von individuellen Interessen des Normadressaten freie moralische Verpflichtung von Menschen nicht geben. Normative Aussagen sind nach dieser Ansicht ohne jeden Wahrheitswert; sie können weder objektiv wahr noch falsch sein. An die Stelle des fehlenden Wahrheitswertes von Wertaussagen tritt ihre normative Gültigkeit; sie werden nicht aufgrund eines Beweises oder einer Verifikation akzeptiert, sondern aufgrund eines Willensentschlusses. Akzeptiert ein Mensch eine an ihn adressierte Norm, so ist sie für ihn gültig; andernfalls gilt sie nicht. Doch die meta-normative Setzung, dass es keine objektiven Normen gebe, ist nicht haltbar. Die Behauptung der Existenz objektiver Normen wurde in der Philosophie auf sehr unterschiedliche Weise begründet: durch die Vernunft (z.B. Kant), aus einem herrschaftsfreien Diskurs (z.B. Habermas 1973, S. 255 ff.) oder durch einen Rekurs auf Gott. Wer die Existenz objektiver Normen bestreitet, leugnet die Möglichkeit eines Erfolges aller dieser Begründungsverfahren; insbesondere leugnet er Fortsetzung: Eine „metaphysikfreie“ Moral? Der ethische Subjektivismus in den Wirtschaftswissenschaften aus kritisch-rationaler Sicht[1] – von Christian Müller 19 Versuch stellt, strikt universale Aussagen in Hypothesenform verifizieren zu wollen. Selbst wenn eine bestimmte Theorie sich in allen – sogar den strengsten – Prüfungen bewährt hat, kann aufgrund der immer nur endlich großen Anzahl von Tests dieser Aussage nicht auf ihre Wahrheit in allen – unendlich vielen – Anwendungsfällen geschlossen werden. Bestimmte Theorien mögen zwar wahr sein; mit letzter Gültigkeit wissen können wir das jedoch nie. Was wir indes definitiv feststellen können, ist – vom berühmten Basissatzproblem einmal abgesehen (Popper 1994, S. 60 ff.) – die Falschheit einer Theorie. Eine hypothetische Aussage, die „immer und überall“ gilt, „verbietet“, dass nur ein einziger Beobachtungssatz, der in den Anwendungsbereich der zu testenden Aussage fällt und dieser zugleich widerspricht, wahr ist. Aufgrund ihrer strikten Universalität sind Hypothesen darum niemals verifizierbar, wohl aber falsifizierbar. Die Falsifizierbarkeit einer Aussage – ihr empirischer Gehalt –

ist in dieser Sicht ein Abgrenzungskriterium zwischen Sätzen der empirischen Wissenschaften von metaphysischen Sätzen. Auf der anderen Seite übersehen die gleichen Kritischen Rationalisten aber den logisch fehlerhaften Induktionsschluss, den sie selbst dadurch begehen, dass sie wertende Aussagen, die einen Sachverhalt in positiver oder negativer Hinsicht auszeichnen, als nicht wahrheitsfähig klassifizieren. Das Geltungskriterium von Werturteilen ist danach nicht ihre Wahrheit, sondern ihre subjektive Akzeptanz; normative Aussagen haben niemals empirischen Gehalt, wohl aber, wie Albert (1967, S. 334) formuliert, „normativen Anweisungsgehalt“. Insofern hierdurch jedoch die Existenz objektiv gültiger Normen bestritten wird, wird die Falschheit der universalen Aussage über die Existenz eines göttlichen Normgebers als erwiesen betrachtet, obwohl dieser Beweis wegen des Induktionsproblems überhaupt nicht geführt werden kann. Bei positiven und bei wertenden Sätzen stehen wir in Bezug auf die Bestimmung ihres Wahrheitswertes somit jeweils vor ganz ähnlichen Schwierigkeiten: • Aufgrund eines logischen Induktionsproblems können wir einerseits, wie Popper herausarbeitete, niemals wissen, ob eine gegebene Theorie tatsächlich wahr ist, und zwar selbst dann, wenn sie es sein sollte. auch die von der christlichen Wirtschaftsethik unterstellte Möglichkeit, dass ein übernatürlicher Normgeber existiert, der die Quelle aller sittlichen Verpflichtungen ist. Der Satz „Gott existiert.“ ist jedoch eine universale Existenzaussage (Popper 1969, S. 195 ff., 248 ff.; Popper 1994, S. 39 ff.).[7] Solche Sätze behaupten ohne räumliche oder zeitliche Einschränkung das Vorliegen eines Sachverhalts in der Realität. Eine solche Aussage kann nur bestätigt – verifiziert – werden, wenn es gelingen sollte, diesen Beweis zu erbringen. Der die Gottesexistenz behauptende universale Existenzsatz wäre dann bewiesen, wenn eine wahre singuläre Existenzaussage gefunden würde, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder an einem bestimmten Ort die Existenz Gottes behauptet. Eine universale Existenzaussage wird jedoch nicht dadurch widerlegt, dass es nicht gelingt, das Behauptete nachzuweisen. Denn alle diesbezüglich unternommenen Anstrengungen können nach ihrer Zahl und ihrer räumlichen oder zeitlichen Geltung immer nur beschränkt sein. Um diese Aussage zu falsifizieren, wäre ein (logisch unzulässiger) Induktionsschluss erforderlich von der immer nur endlichen Anzahl räumlich und zeitlich beschränkter „Tests“ dieses Satzes auf seine unendlich große Klasse von Anwendungsfällen. Der Satz „Gott existiert“ ist daher der Archetyp einer „metaphysischen“ Aussage (Popper 1969, S. 275): Er behauptet etwas über die Wirklichkeit, ist aber aus logischen Gründen unwiderlegbar. Selbst wenn es tatsächlich so sein sollte, können wir daher

niemals Gewissheit darüber haben, dass Gott nicht existiert. Man mag das vermuten, spekulieren, wünschen – wissen können wir es nicht. Ebendieses Wissen aber setzt voraus, wer die Nichtexistenz objektiver Werte behauptet. Der ethische Subjektivismus in der Ökonomik unterstellt mithin nicht weniger als die tatsächlich erfolgte Falsifikation einer Aussage, die aus logischen Gründen überhaupt nicht falsifizierbar ist.[8] In Bezug auf die Frage der Normbegründung zeigen die meisten Anhänger des Kritischen Rationalismus daher eine bemerkenswerte Asymmetrie in der Beachtung des Induktionsproblems: Auf der einen Seite betonen sie zu Recht das Induktionsproblem, das sich bei dem • Aufgrund eines analogen Induktionsproblems können wir andererseits jedoch ebensowenig Erkenntnis darüber erlangen, dass Normen nur subjektiv und ohne Wahrheitswert sind. Selbst wenn dies zutreffen sollte, wäre auch hier jede vermeintliche Sicherheit nur selbstfabriziert.

5 Mögliche Einwände

Was lässt sich gegen diese Argumentation einwenden? a) Ein erster Einwand könnte darin bestehen, Metaphysik generell für „sinnlos“ oder für „Blendwerk“ (Hume) zu halten. Man könnte daher versucht sein, den Begriff der Erfahrung auf das empirisch Beobachtbare und Widerlegbare zu reduzieren und die Falsifikationsforderung insoweit als „Sinnkriterium“ zu interpretieren[9]; hierdurch würde das Reden von objektiven Normen bedeutungslos, weil man die metaphysischen Sätze, deren Wahrheit es voraussetzt, als sinnlos anzusehen hätte. In die Nähe einer solchen Position scheint sich etwa Gröbl-Steinbach zu begeben, wenn sie zwar erklärt, dass es aus Sicht des Kritischen Rationalismus durchaus eine „gute Metaphysik“ geben könne (Gröbl-Steinbach 2002, S. 220 ff.), sie andererseits aber betont, „einen rein epistemologischen Zugang“ zu theologischen Problemen zu haben, der jedes semantisch bedeutsame Reden von Gott ausschließe (Gröbl-Steinbach 2002a, S. 278). Ganz ähnlich akzeptiert auch Albert Metaphysik vor allem dann, wenn sie aus seiner Sicht konstruktiv und kritisch ist und durch ihre spekulative Kraft zur Bildung prüfbarer Theorien und Hypothesen führt. Anderen – besonders theologischen – Formen der Metaphysik hält er hingegen vor, die Methodologie der kritischen Prüfung suspendieren und die Annahme Gottes zum unkritisierbaren Dogma erheben zu wollen, obwohl nicht einmal klar sei, welchen Sinn diese Annahme überhaupt haben könne (Albert 1991, S. 140 f.). Eine solche Argumentation aber läuft

lediglich „auf die Unterordnung der ontologischen Fragen unter die epistemologischen Probleme“ (Johannes Paul II., zitiert nach Frossard 1982, S. 62) hinaus: das, was sein kann (das Ontologische) wird davon abhängig gemacht, was wir Fortsetzung: Eine „metaphysikfreie“ Moral? Der ethische Subjektivismus in den Wirtschaftswissenschaften aus kritisch-rationaler Sicht[1] – von Christian Müller 20 mit empirisch-wissenschaftlichen Methoden erkennen können (das Epistemologische). Gesetzt aber den Fall, eine metaphysische Aussage sei wahr. Dann wird man ihr trefflich vorwerfen können, sie sei, mangels Widerlegbarkeit, gegen Kritik „immunisiert“. Sollen wir aber wirklich etwas nur deshalb „außer Betracht lassen, weil, wenn es falsch wäre, der Natur der Sache nach die Falschheit nicht zu Tage kommen kann?“ (Spaemann 1993, S. 191)

b) Darüber hinaus könnte man auch einwenden, dass die Existenz eines übernatürlichen Normsetzers überhaupt nicht die objektive Geltung der von ihm erhobenen moralischen Forderungen impliziere, da ein solcher Normbegründungsversuch nur in dem willkürlichen, „dogmatischen“ Abbruch des Verfahrens bestehe und damit – neben Zirkelschlüssen und einem infiniten Begründungsregress – in einer jener drei Möglichkeiten, die zuerst von Heinrich Fries analysiert und später von Albert (1991, S. 13 ff.) als „Münchhausen-Trilemma“ popularisiert wurden. Doch dieser Einwand trägt nicht. Denn insoweit mit dem Trilemma angenommen wird, dass der Abbruch des Verfahrens niemals anders als willkürlich erfolgen könne, unterstellt man implizit, dass Letztbegründungen von Sätzen deshalb unmöglich seien, weil es einen letzten Grund nicht gebe. Wiederum wird damit aber die tatsächliche Falsifiziertheit einer metaphysischen Aussage (über die Existenz des letzten Grundes) angenommen, die aus den genannten Gründen überhaupt nicht falsifizierbar ist.

c) Weiterhin liegt es nahe, der hier vertretenen These, nach welcher die Nichtexistenz objektiver Normen nicht mit Sicherheit behauptet werden kann, vorzuhalten, dass sie eine illegitime Umkehr der Beweislast impliziere. Denn nach Albert (1979, S. 87 f.) wäre es „eher zu erwarten, dass derjenige, der Existenzbehauptungen irgendwelcher Art aufstellt, dafür die Beweislast übernimmt“. Nicht die ethischen Subjektivisten hätten danach die Existenz objektiver Normen zu bestreiten, sondern vielmehr wäre es etwa die Aufgabe der christlichen Sozialethiker nachzuweisen, dass der von ihnen unterstellte göttliche Normgeber überhaupt existiere. Doch Beweise dieser Art gibt es zuhauf. Denn das Christentum hat einen „historischen Rand“ (Hempelmann 2002, S. 267), der einer geschichtswissenschaftlichen Diskussion durchaus zugänglich ist. Bei den Zeugenaussagen über die Geschehnisse der christlichen Heilsgeschichte handelt es sich

um singuläre Sätze, die aufgrund ihrer aussagenlogischen Struktur nicht nur falsifizierbar, sondern auch verifizierbar sind. So lassen sich etwa die Augenzeugenberichte über die Auferstehung Jesu von den Toten nach den üblichen Kriterien der Geschichtswissenschaft einer kritischen Überprüfung unterziehen (siehe z.B. Morrison 2001; Messori 1978; Staudinger 1995; Spieß 1998; Hempelmann 2003; Jaros 2008). „Die Auferstehung Jesu“, resümiert etwa der Althistoriker Spieß (1998, S. 16) nach Sichtung der relevanten historischen Belege, „ist ... nach den Methoden der historischen Forschung mindestens genauso gut bezeugt wie die meisten Ereignisse der Antike, die wir ganz selbstverständlich in unseren Geschichtsbüchern vorfinden. Wenn man die vorhandenen Indizien unvoreingenommen prüft, sprechen sie mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Historizität der Auferstehung Jesu“. Und auch nach der Analyse des Historikers Staudinger (1995, S. 106) ergibt sich „für die Auferstehung ein höchster Grad an historischer Zuverlässigkeit.“ Neben den Schriftbelegen gibt es auch außerbiblische Zeugen, die von Christusbegegnungen berichten, darunter der berühmte Mathematiker und Physiker Blaise Pascal (1956, S. 15 f.), die Philosophin Simone Weil (1998, v.a. S. 111), der französische Publizist André Frossard (2002) oder der österreichische Kaufmann Hellmut Laun (1996, S. 92 f.), die alle bewegende Zeugnisse hinterließen. In dem Marienwallfahrtsort Lourdes erlebte der Arzt und spätere Medizin-Nobelpreisträger Alexis Carrel die Spontanheilung einer todkranken Frau, bei der er Tuberkulose im Endstadium diagnostiziert hatte; er bekehrte sich und hinterließ mehrere Schriften hierüber (z.B. Carrel 1951).

Literatur

- Blaug, Mark. *The Methodology of Economics. Or How Economists Explain*. 2. Aufl. Cambridge: Cambridge University Press, 1992. 286 S. (siehe S. 3).
- Bohnen, Alfred. *Die utilitaristische Ethik als Grundlage der Modernen Wohlfahrtsökonomie*. Göttingen: Schwartz, 1964 (siehe S. 2).
- Brennan, H. Geoffrey. „Freedom, Government and Economics“. In: *St Mark's Review* 145 (1991) (siehe S. 3).
- Brennan, H. Geoffrey und James M. Buchanan. *Die Begründung von Regeln. Konstitutionelle politische Ökonomie*. Tübingen: Mohr, 1993. 201 S. (siehe S. 3).

- Brennan, H. Geoffrey und A. M. C. Waterman, Hrsg. *Economics and Religion. Are they Distinct?* Boston: Kluwer Academic, 1994. 289 S. (siehe S. 3).
- Buchanan, James M. *Freedom in Constitutional Contract. Perspectives of a Political Economist*. College Station und London: Texas A & M University Press, 1977 (siehe S. 3).
- Buchanan, James M. und Viktor Vanberg. "Constitutional Implications of Radical Subjectivism". In: *The Review of Austrian Economics* 15 (2002), 121–129 (siehe S. 2).
- Chmielewicz, Klaus. *Forschungskonzeptionen der Wirtschaftswissenschaft*. 3. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 1993 (siehe S. 2).
- Homann, Karl. "Sinn und Grenzen der ökonomischen Methode in der Wirtschaftsethik". In: *Wirtschaftsethik und Moralökonomik. Normen, soziale Ordnung und der Beitrag der Ökonomik*. Hrsg. von Detlef Aufderheide und Martin Dabrowski. Berlin: Duncker und Humblot, 1997, 11–42 (siehe S. 3).
- Kant, Immanuel. "Grundlegung der Metaphysik der Sitten". In: 7–102 (siehe S. 2).
- Mackie, John L. *Ethik. Die Erfindung des moralisch Richtigen und Falschen*. Stuttgart: Reclam, 1981. 317 S. (siehe S. 2).
- Müller, Christian. "Christliche Sozialethik und das Wertproblem in den Wirtschaftswissenschaften". In: *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 55 (2004), 77–97 (siehe S. 1).
- Nass, Elmar und Christian Müller. "Normative Grundlagen des Ordoliberalismus". In: *Die neue Weltwirtschaftskrise. Lösungsansätze aus christlich-ethischer Sicht*. Hrsg. von Herbert Pribyl. Heiligenkreuz: Be&Be-Verlag, 2012 (siehe S. 2).
- Oslington, Paul und Kim Hawtrey. "Some Questions and a Bibliography on the Relationship between Economics and Christianity". In: *History of Economic Review* 24 (1996), 87–94 (siehe S. 3).
- Püttmann, Andreas. *Gesellschaft ohne Gott. Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands*. Asslar: GerthMedien, 2010. 288 S. (siehe S. 3).
- Tomes, Nigel. "Religion and the Earnings Function". In: *American Economic Review – Papers and Proceedings* 75 (1985), 245–250 (siehe S. 2).